



ILLUSTRATION SIMON TANNER / NZZ

Europa verliert im KI-Wettbewerb

Während die USA und China bei der KI die Entwicklung dominieren, droht Europa erneut den Anschluss zu verpassen. Künstliche Intelligenz ist nicht nur eine wirtschaftliche, sondern eine geopolitische Machtfrage.

Gastkommentar von Lutz Finger

Nicht erst seit dem jüngsten Eklat zwischen Trump und Selenski ist klar: Der Wind aus Washington hat gedreht. Europa sollte künftig für seine eigene Sicherheit aufkommen. Das umfasst auch die digitale Souveränität. Europa ist in mancher Hinsicht in der zweiten industriellen Revolution steckengeblieben. Digital ist «made in America». Die USA wollen, dass auch die künstliche Intelligenz aus Amerika kommt. KI-Modelle aber enthalten Normen und Werte. Eine KI «made in USA» wird grossen Einfluss auf Gesellschaft, Politik und Wirtschaft ausüben. Wie kann Europa selbständig werden? Emmanuel Macron und Ursula von der Leyen versprechen Investitionen in Milliardenhöhe. Das alleine wird nicht helfen. Europa muss die Rahmenbedingungen verändern.

Das Internet wurde in Europa erfunden, aber in den USA skaliert. Google und Facebook bestimmen, was wir sehen. Europäische Medienhäuser passen sich an und folgen heute amerikanischen Regeln. In der mobilen Revolution verpassten Nokia und Ericsson den Anschluss. Apple und Google schufen mit den App-Stores ein neues Marktmodell. Heute zahlen europäische Unternehmen eine «digitale Steuer» an die USA: Wer zum Beispiel ein Hörbuch über Storytel kauft, zahlt eine Abgabe von bis zu 30 Prozent. Apple führte diese Gebühr 2008 ein – erst 16 Jahre später reagierte die EU mit der Digital Markets Act. In dieser Zeit wuchs Apple auf eine Marktkapitalisierung um etwa den zwölffachen Firmenwert des deutschen SAP-Konzerns. Dann kam die Cloud-Revolution. Auch hier war Europa zuerst vorne. Doch dann kamen Amazon und Microsoft, europäische Alternativen scheiterten. Unsere Daten liegen heute in den Händen von amerikanischen Unternehmen.

Es sieht fast danach aus, als würde sich dasselbe bei der KI wiederholen – mit gravierenden Folgen für Europa. Wer heute Chat-GPT fragt: «Was ist Kapitalismus?», erhält eine amerikanische Perspektive – nicht etwa eine französische oder schweizerische. KI ist made in America. Europa spielt keine Rolle. Kürzlich habe ich die Unternehmenswerte der zehn grössten amerikanischen KI-Firmen mit denen der zehn grössten europäischen verglichen – übersetzt in Körpergrösse: 1,92 Meter gegen 10 Zentimeter. Europa scheint das nicht ändern zu wollen – zur Verwunderung selbst der USA. «Europa verwirrt mich», sagte kürzlich Aneesh Chopra, Mitglied des US AI National Security Council, in Bezug auf Europas KI-Strategie. Was kann Europa tun? Macron und von der Leyen versprechen nun Investitionen. Ein erster Schritt – aber Geld allein reicht nicht. Das chinesische KI-Unternehmen Deepseek hat gezeigt, dass man mit wenig Kapital viel erreichen kann. Europa muss die Rahmenbedingungen für Innovation verändern: für Anwendungen, für Daten, für Modelle und für Chips.

Es braucht erstens mehr Anwendungsfreiheit: Wie kann es sein, dass Europa das Internet erfindet, aber alle grossen Tech-Firmen heute in den USA sitzen? Ein Schlüssel war das Gesetz Section 230 der Communications Decency Act (1996). Es schützt Internetfirmen vor der Haftung für Inhalte ihrer Nutzer. Das Resultat: Facebook, Youtube und Twitter. Was wäre, wenn Europa Ähnliches für KI-

Das chinesische KI-Unternehmen Deepseek hat gezeigt, dass man mit wenig Kapital viel erreichen kann.

Anbieter einführen würde? Weniger Haftung erzeugt mehr Spielraum für Innovation. Europäische KI-Firmen hätten dann eine echte Chance.

Zweitens muss der Zugang zu Daten erleichtert werden. KI benötigt Daten. Während Europa über «Datenräume» nachdenkt, hat sich Open AI diese Daten einfach genommen. Was wäre, wenn bestimmte Trainingsdaten von Klagen und Urheberrechtsansprüchen ausgenommen wären? Japan hat genau das getan: KI-Training mit urheberrechtlich geschützten Werken ist dort erlaubt. Im Gegensatz zu Europa hat sich Japan damit einen strategischen Vorteil im globalen KI-Wettbewerb erarbeitet.

Drittens müssen Modelle offengelegt werden. Open Source reicht nicht. KI besteht aus Modellen mit Gewichten. Die Gewichte sind das «Wissen» der KI. Open AI und andere schützen ihre Modellgewichte, um ihre Vormachtstellung zu bewahren. Europa könnte sich der Open-Weights-Bewegung anschliessen und vorschreiben, dass alle Modelle, die in Europa genutzt werden, offengelegt werden müssen. Dies wäre ein massiver Einschnitt für amerikanische Firmen wie Open AI – aber es würde Europa eine realistische Chance geben aufzuholen.

Viertens Europas Rolle in der Chip-Produktion: Die USA glauben, dass sie durch Exportbeschränkungen (Chips Act) China davon abhalten können, leistungsfähige KI-Systeme zu entwickeln. Doch KI ist Mathematik. Beschränkungen sind nur begrenzt wirksam – wie man an Deepseek gesehen hat. China wird schon bald seine eigene KI-Industrie aufbauen, und die USA werden keinen Hebel mehr gegen China haben. Wenn das passiert, wird Taiwan als Chip-Lieferant geopolitisch weniger relevant – mit unklaren Folgen. Was, wenn Europa eine andere Strategie fährt und eine eigenständige Position zwischen den USA und China einnimmt?

All das mag Kopfschütteln hervorrufen. Was ist mit Verbraucherschutz? Mit Datenschutz? Doch Regulierung war immer ein Balanceakt zwischen Bürgerrechten, wirtschaftlichen Interessen und Sicherheit. Bisher hat sich Europa oft selbst geschadet, weil es nicht innovativ genug war. Der Wind hat gedreht. Es ist an der Zeit, Prinzipien und Regulierungen neu zu überdenken.

Lutz Finger ist Autor des Online-Kurses «Designing and Building AI Solutions» bei E-Cornell und Gründer der E-Commerce-Plattform von R2decide Inc.

Für die kleiner werdenden reformierten Kirchengemeinden wird es in Zukunft weniger Pfarrstellen brauchen. Aber selbst dafür könnte es bald nicht mehr genug geeignete Pfarrer geben. Denn immer weniger junge Leute wollen noch Theologie studieren. Darum arbeiten Kirchen und theologische Fakultäten seit Jahren eng zusammen und haben etwa erfolgreich einen verkürzten Studiengang für Quereinsteiger entwickelt.

Doch nun scheint die Zukunftsangst bei der Konkordatskonferenz der reformierten Kirchen der Deutschschweiz und des Tessins so gross geworden zu sein, dass diese auf eine radikale Idee gekommen ist. Sie nennt sich «Plan P» und sieht vor, dass für eine begrenzte Zeit von etwa zehn Jahren auf Pfarrstellen auch Personen berufen werden können, die zwar irgendetwas studiert haben, aber nicht Theologie. Nur eine «dreimonatige, bezahlte Berufseinführung» will man ihnen abverlangen und einen kleinen, berufsbegleitenden Theologiekurs; auch die einjährige praktisch-kirchliche Ausbildung, das sogenannte Vikariat, will man ihnen fast ganz erlassen. Einzige echte Einschränkung: Mindestalter 55 Jahre. Als Bezahlung für die so generierten älteren Berufslaien sind 80 Prozent eines Pfarrerlohns vorgeschlagen. Ein so zugeschnittener «Notfallplan» solle umgesetzt werden, wenn der Mangel sonst nicht mehr zu beheben sei.

Dieser «Plan P» ist derzeit in alle neunzehn am Konkordat beteiligten reformierten Kirchen und zahlreiche andere betroffene Vereinigungen und Institutionen in die Vernehmlassung gegeben. Aus informierten Kreisen ist zu hören, dass das Echo vielerorts ein negatives sein dürfte. Junge Pfarrerinnen berichten konsterniert, sie seien gefragt worden, warum sie denn noch das lange Theologiestudium auf sich genommen hätten, wenn es nun auch ganz ohne gehe. Aus Pfarrkonventen wird mitgeteilt, dass die Idee völlig unausgegoren sei und dazu geeignet, das ohnehin angeschlagene Image

Pfarrer ohne Theologiestudium

Die reformierte Kirche hat ein Nachwuchsproblem. Nun überlegt sich die Konkordatskonferenz, für eine begrenzte Zeit auch Personen auf Pfarrstellen zu berufen, die nicht Theologie studiert haben.

Gastkommentar von Georg Pfeleiderer

ihres einstmals hoch renommierten Berufs nachhaltig zu beschädigen. An den theologischen Fakultäten fragt man sich, wie die reformierten Kirchen ihnen so in den Rücken fallen können. Auch in etlichen Kirchenleitungen herrscht offenbar Kopfschütteln über den radikalen Plan.

Zu hoffen ist, dass diese kritischen Stimmen sich durchsetzen und der fragwürdige «Plan P» rasch zurückgezogen wird. Gewiss ist der drohende Pfarrermangel ein ernstzunehmendes Problem. Doch neben Rechtsgelehrsamkeit und Medizin zählt der Pfarrerberuf traditionell zu den klassischen Professionen. Wer würde sich von einer Ärztin ohne

Medizinstudium und praktische Spitalausbildung einen entzündeten Blinddarm herauszuschneiden lassen? Wer würde sich vor Gericht von einem Anwalt ohne Gesetzeskenntnisse vertreten lassen? Aber predigen, beerdigen, Konfirmandenunterricht halten, eine Gemeinde leiten ohne irgendwelche nennenswerten theologischen Kenntnisse: Das soll gehen. Pfarrer sein kann – zur Not – jeder?

Tatsächlich ist es eher eine Art Planlosigkeit, die der «Plan P» erkennen lässt. Es dürfte der säkulare Meinungstrend befördert werden, dass in religiösen Dingen ja sowieso jeder fühlen und erzählen könne, was er oder sie wolle. Kirchenmitglie-

der, die sich von Gottesdiensten noch etwas anderes erwarten als poppige Hallelujagesänge, triviale Kalenderspruchweisheiten oder Moralbotschaften, werden sich in ihren Austrittsneigungen bestärkt sehen. Manchen Kirchenleitungen scheint das aber weniger Kopfzerbrechen zu bereiten als der drohende Pfarrermangel.

Die Deprofessionalisierung des religiösen Fachpersonals wäre nicht nur ein Problem für die Kirchen; es wäre auch ein gesellschaftliches Problem. Modernen Gesellschaften, die sich als kritische, diskursive Wissensgesellschaften verstehen, kann es nicht gleichgültig sein, ob ihre etablierten religiösen Institutionen Personal einsetzen, das religiöse Praktiken und religiöse Bildung auf Augenhöhe mit anderen Kulturfeldern zu vermitteln vermag oder nicht.

«Selber denken – die Reformierten.» An diesen ihren Slogan sollten sich die Kirchenleitungen erinnern. Statt einen «Plan P» auszuhecken, sollten sie kreative Ideen entwickeln und zum Beispiel über einen «Plan pP» nachdenken, nämlich über einen Plan zur Stärkung des professionellen Pfarrerberufs. Je zahlenmässig kleiner der pastorale Nachwuchs ist, desto besser ausgebildet sollte er sein. Denn die weniger werdenden Pfarrerinnen und Pfarrer müssen vor Ort künftig verstärkt die Rolle der theologischen Verantwortungsträger einnehmen, die andere kirchliche Angestellte wie Sozialdiakone oder auch ehrenamtliche Prädikanten und Katechetinnen schulen, anleiten und theologisch beaufsichtigen.

So könnte der Pfarrermangel nicht zur Bedrohung, sondern zur Chance werden. Und die Jekami-Intuition des «Plans P» käme auch zu ihrem Recht: Alle, die willig und fähig sind, können mitmachen in der reformierten Kirche, aber unter Anleitung professioneller Pfarrerinnen und Pfarrer.

Georg Pfeleiderer ist Professor für systematische Theologie/Ethik an der Universität Basel.